



Corona-Newsletter Nr. I | 18. März 2020

Zweifelsohne befinden wir uns gerade in einer Situation, von der wir noch den nächsten Generationen erzählen werden. Macron spricht von „Zeiten wie im Krieg“ und auch die Bundeskanzlerin hat heute Abend in einer bislang ungesehenen Deutlichkeit den Ernst der Lage beschrieben. In ihren Augen ist die Herausforderung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sogar größer als bei der deutschen Einheit.

Wir möchten mit diesem Newsletter nicht in den gleichen dystopischen Kanon einsteigen. Während wir die Lage zwar als ernst bewerten, sind wir doch sicher: die Welt wird sich weiterdrehen und für viele gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen können die kommenden Wochen eine Blaupause werden. Während Läden geschlossen bleiben, bemerken die politischen Entscheidungsträger von Seehofer bis Scholz, dass es sich durchaus gut aus dem Home-Office regieren lässt. Gerade weil dies die Stunde der Exekutive ist, werden viele Parlamente dieser Welt ihre Arbeit in den nächsten Wochen nicht ruhen lassen. Daran zeigt sich die Stärke unserer Demokratien in kritischen Zeiten.

Aktuell sind wir mit einer enormen Informationsflut konfrontiert, bei der es angesichts der sich überschlagenden Ereignisse schwerfällt, den Überblick zu bewahren. Wir möchten Ihnen daher einen allabendlichen Überblick über die Informationen verschaffen, die für Unternehmen von Bedeutung sind, und in den kommenden Tagen auch absehbar über Ereignisse jenseits der Corona-Krise auf dem Laufenden halten.

Wir werden uns dabei auch erlauben, Ihnen einige Hinweise weiterzugeben, die wir im Beratungsalltag ganz aktuell erfahren, denn wir alle erleben eine solche Krise zum ersten Mal. Wir jedenfalls bemerken in den letzten Tagen zunehmend, dass der Umgang mit der Corona-Krise bei fast allen Projekten eine zentrale Rolle spielt.

Wir freuen uns über Feedback, Ideen, Themenvorschläge und Anregungen zu unserem neuen Angebot. Gerne können Sie uns auch Hinweise geben, von denen Sie wünschen, dass andere Kollegen diese mit Ihnen teilen.

Mit den besten Grüßen

Johanssen+Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH

Redaktion: Clara Ruthardt, Leon Kallus, Jonas Rautenberg, Anne-Sophie Federspiel, Vera Weidmann



LAGE IN DEUTSCHLAND

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland spitzt sich im Zuge der Ausbreitung des Corona-Virus immer weiter zu. Laut Ifo-Umfrage leidet jede zweite Firma bereits jetzt unter den Folgen der Coronakrise. Täglich stellt die Bundesregierung deshalb neue Maßnahmenpakete für Unternehmen vor – Finanzminister Olaf Scholz kündigt eine Investitionsoffensive an. Der FDP sind die Maßnahmen nicht weitreichend genug, sie bringen im Bundestag ein eigenes Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise ein. Andere sehen jedoch auch Arbeitnehmer in der Pflicht. So könnten diejenigen, die durch aktuell durch Geschäftsschließungen tätigkeitslos sind Solidarität zeigen und überlastete Lebensmittelgeschäfte und Landwirte unterstützen.

Außerdem: Muss jeder Arbeitnehmer ein Recht auf Homeoffice haben? Ja, meint die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und reicht einen entsprechenden Antrag im Bundestag ein.



POLITIK



Die Sitzungswoche des Bundestages kommende Woche findet statt

Die kommende Sitzungswoche des Bundestages ab 23. März soll stattfinden, sofern die Sachlage keine neuen Entscheidungen verlangt. Damit soll die Handlungsfähigkeit des Bundestags erhalten und ein Signal an die Bevölkerung gesendet werden. Dabei sollen nicht alle 709 Abgeordneten erscheinen. Offenbar soll nach dem "Pairing-Verfahren" getagt werden, also mit deutlich reduzierter Anzahl an Abgeordneten bei Aufrechterhaltung der Mehrheitsverhältnissen. Eine offizielle Stellungnahme finden Sie [hier](#).

Recht auf Homeoffice

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für ein Recht auf Homeoffice vom 12. März wurde nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Ein entsprechender Antrag wurde bereits 2018 von den Grünen eingereicht, findet nun jedoch im Zuge der Corona-Krise vermehrt Zuspruch. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise

Der eingereichte Antrag der FDP für ein Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise wurde am 13.03.2020 im Bundestag in 1. Lesung beraten. Dieser ist noch weitreichender als die bisher beschlossenen Maßnahmen des BMWi. Dabei machten Redner aller Fraktionen ihre Bereitschaft zum schnellen Handeln gegen die Folgen der Krise deutlich. Im Anschluss wurde die Vorlage zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Den Antrag und die Redebeiträge finden Sie [hier](#).

Hilfen für Selbständige und Eltern

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sowie Reiner Hoffmann (DGB Bundesvorstand) und Ingo Kramer (BDA) sicherten heute im Rahmen einer

Pressekonferenz Hilfen für Kleinstselbstständige und für von Schulschließungen betroffene Eltern zu. So sollen deren Lohnfortzahlungen langfristig gesichert werden und Nothilfefonds für die existentielle Sicherung von Kleinunternehmen eingerichtet werden. Lösungen dazu sollen am Montag im Bundeskabinett beschlossen und dann dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt werden.

Auch das Land Berlin plant ein "unbürokratisch und schnell umsetzbares" Zuschussprogramm für alle Solo-Selbstständigen in Berlin. Damit sollten Menschen aus der Kreativbranche, aber auch andere mit jeweils 15.000€ unterstützt werden, die durch alle bisher aufgelegten Förderprogramme fallen beziehungsweise nicht von Steuerermäßigungen profitieren können, verlautete aus Kreisen der Senatskanzlei. Den Artikel finden Sie [hier](#).



Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat **Erleichterungen beim Kurzarbeitsgeld** durch ein neues Gesetz rückwirkend zum 1. März 2020 (weitere Informationen [hier](#) und [hier](#)) beschlossen: Kurzarbeit wird bereits dann möglich, wenn 10% der Belegschaft betroffen sind (bislang: 1/3). Darüber hinaus wird es einen teilweisen oder vollständigen Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden geben. Sozialversicherungsbeiträge werden durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) vollständig erstattet. Zusätzlich soll in der kommenden Woche ein Gesetz beschlossen werden, welches Lösungen für die Einkommenslücke bei Kurzarbeit präsentiert und Arbeitgeber von vorzeitigen Entlassungen abhalten soll.

Außerdem wurden **steuerliche Liquiditätshilfe** für Unternehmen ([Link](#)) beschlossen. Diese beinhalten unter anderem eine erleichterte Stundung von Steuern und die leichtere Anpassung von Vorauszahlungen. Des Weiteren wurde ein staatlich unbegrenztes Kreditprogramm beschlossen: Über ihre Hausbanken erhalten Unternehmen den Zugang zu Krediten und Bürgschaften bei der staatlichen [KfW-Bank](#). Der Garantierahmen der KfW erstreckt sich auf bis zu einer halben Billion Euro, zunächst werden 20 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Kontrolle der Virusausbreitung durch Handydaten

Die Telekom stellt RKI Handydaten zur Verfügung, allerdings in anonymisierter Form. So soll das Forschungsinstitut die Ausbreitung des Coronavirus und die Wirksamkeit der Vorsichtsmaßnahmen besser analysieren können. Ein Tracking einzelner Bürger oder infizierter Menschen, wie es derzeit in asiatischen Ländern und auch in Israel gemacht wird, soll dadurch aber nicht möglich sein. ([tagesspiegel](#))

Zusätzliche Arbeitskräfte zur Unterstützung von Einzelhandel und Landwirtschaft

Tätigkeitslose Arbeitnehmer sollen sich zur Verfügung stellen: Als schnelle Hilfe für die wegen der Coronakrise überlasteten Lebensmittelgeschäfte und Landwirte in der Erntezeit hat der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), an eine besondere Solidarität anderer Arbeitnehmer appelliert. "Es muss ja nicht so sein, dass der eine Teil der Arbeitnehmer Sonderschichten fährt, um die Versorgung aufrechtzuerhalten, während andere zu Hause bleiben müssen". Dieses Thema könnte in den Erntemonaten weiter an Relevanz gewinnen, da Saisonarbeiter voraussichtlich deutlich weniger zur Verfügung stehen werden. (Stand: 17.03, Quelle: [SpiegelOnline](#))



Viele Branchen sind hart von den einschränkenden Maßnahmen rund um die Corona-Pandemie betroffen. Nun schließen auch die großen Automobilhersteller ihre Produktionsstätten. Weltweit werden weitgreifende Konjunkturpakete geschnürt, so auch in den USA und auf europäischer Ebene. Eine gute Seite scheint der globale Shutdown für Online-Händler zu haben. Doch das ist leider die Ausnahme.

Derweil führen die USA auch – oder gerade – in Corona-Zeiten ihre nationalistische Immigrationspolitik fort. Immer mehr Länder in Europa, aber auch weltweit, erklären den nationalen Notstand. Außerdem: Was wir uns für künftige Sensibilisierungsmaßnahmen von einem kleinen Land in Südostasien anschauen können.



EU-Parlament bereit für Investitionen in gefährdete Wirtschaftsbereiche

Das EU-Parlament [begrüßt](#) die “Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise” auf Initiative des Ausschusses für regionale Entwicklung. Die Maßnahme soll u. a. die Gesundheitssysteme sowie kleine und mittlere Betriebe unterstützen. Dafür müssen die EU-Finanzierungsvorschriften geändert werden. Sowohl Parlament als auch der Rat müssen zustimmen. Der Ausschuss wird sich bemühen, die Prüfung des Vorschlags so schnell wie möglich abzuschließen. Nach der Annahme können die Mittel für die betroffenen Gebiete und Bereiche freigegeben werden.

Grenzpolitik der USA: Abschiebemaßnahmen und teilweises Einreiseverbot

An der US-Grenze zu Mexiko lässt Trump alle, die das Land nicht an einem offiziellen Grenzübergang betreten haben, ohne Anhörung [abschieben](#). Offiziell, um eine Ausbreitung des Virus innerhalb der Haftzentren an der Grenze zu verhindern. Mexiko hat bisher 82 bestätigte Erkrankungen und damit etwas weniger als die USA. In Kanada sind mittlerweile über 470 Fälle bekannt. Trump hat heute ein Verbot für “nicht-notwendige” Grenzübertritte zwischen den USA und Kanada bekannt gegeben.

Nun auch Luxemburg und Brasilien im nationalen Notstand

Nach Litauen, Italien, Lettland, Tschechien, Estland, den USA, Rumänien, Spanien, Serbien und der Schweiz hat gestern nun auch [Luxemburg](#) und [Brasilien](#) den Notstand ausgerufen.

Sensibilisierung für Präventionsmaßnahmen

Welches Land die eingängigste Kampagne zur Sensibilisierung für Präventivmaßnahmen hat? Dieser Titel geht aktuell eindeutig an Vietnam. Das [Video](#) wurde sogar zum Trend bei Tiktok. Die Message scheint zumindest viele Menschen zu erreichen – challenge accepted?



Weltwirtschaftsinstitut überarbeitet Prognose der Weltwirtschaftsentwicklung für 2020/21

Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut erwartet für 2020 ein Minuswachstum von 2,5 %, für 2021, wenn zu der Erholung auch Nachholeffekte beitragen, ein Wachstum von 2,3 %. Die Gefahr einer längeren und noch ausgeprägteren Rezession, was Tiefe wie Dauer betrifft, sei aber bei Ausweitung zur Pandemie hoch. ([HWWI](#))

Amazon schreibt 100.000 Stellen aus

Der weltgrößte Online-Händler kündigt an, 100.000 zusätzliche Voll- und Teilzeitkräfte für Lager und Auslieferung in den USA einzustellen, um den Anstieg der Online-Bestellungen wegen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen. ([Tagesschau](#))

USA schnüren Konjunkturpaket

US-Regierung strebt in der Coronavirus-Krise einem Pressebericht zufolge ein großes Konjunkturpaket an. Insgesamt sollten dafür 850 Milliarden Dollar bereitgestellt werden, berichtet die Washington Post. Etwa 50 Milliarden seien für die von der Krise besonders hart getroffene Luftfahrtbranche vorgesehen. Der Zeitung zufolge wollte Finanzminister Steven Mnuchin die Pläne im Laufe des Tages mit Senatoren der Republikanischen Partei besprechen. Für die Pläne sollten die Lohnsteuer oder andere Mechanismen genutzt werden. ([Washington Post](#))

Argentinien bereitet sich auf wirtschaftliche Konsequenzen vor

Die argentinische Regierung stemmt sich gegen die befürchteten wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie: Insgesamt werde die Regierung umgerechnet etwa 10 Milliarden Euro in die Volkswirtschaft pumpen, kündigten Wirtschaftsminister Martín Guzmán und Produktionsminister Matías Kulfas an. Zu dem Paket gehören Investitionen in Infrastruktur, Steuererleichterungen für Unternehmen, eine Erhöhung des Kindergeldes und günstige Kredite. ([Casa Rosada](#))

Automobilhersteller schließen ihre Betriebe

Chrysler stellt den Betrieb seiner Werke in Europa vorübergehend ein. Ähnliche Maßnahmen sind von Europäischen Herstellern eingeleitet worden. VW, BMW und Mercedes schließen ebenfalls europaweit ihre Werke. ([Business Insider](#))

Die VW-Tochter Audi fährt neben ihren Werken in Ingolstadt, Neckarsulm auch in Belgien, Mexiko und Ungarn die Produktion bis Ende dieser Woche schrittweise komplett herunter. ([Spiegel](#))

WAS SONST NOCH PASSIERT



Verzögerung bei Kohleausstiegsgesetz und Wasserstoffstrategie

Die für den 25. März geplante Anhörung zum Kohleausstiegsgesetz im Bundestag wurde verschoben. Auch der Kabinettsbeschluss der Wasserstoffstrategie verzögert sich. Ein neuer Termin für die öffentliche Anhörung zum Kohleausstiegsgesetz steht noch nicht fest. Sie soll aber frühestens nach der Osterpause stattfinden, heißt es in einer der Redaktion vorliegenden E-Mail des zuständigen Wirtschaftsausschusses des Bundestages. Damit dürfte sich das parlamentarische Verfahren zum Kohleausstiegsgesetz insgesamt verzögern. Ursprünglich wollte sich der Bundestag am 23. und 24. April in zweiter und dritter Lesung mit dem Gesetz befassen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Erreichen der Klimaziele 2020 doch noch möglich

Der fortschreitende Kohleausstieg und die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie machen die bereits aufgegeben Klimaziele 2020 doch noch erreichbar. Das gaben das Umweltministerium und Umweltbundesamt (UBA) bekannt. Umweltministerin Schulze sieht in einem Neustart der Wirtschaft auch eine Chance nachhaltiger zu denken. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Joe Biden gewinnt weitere drei Staaten in US-Präsidentenwahlen

Joe Biden hat gestern die US-Vorwahlen der Demokraten in den Staaten Florida, Illinois und Arizona gewonnen und lässt damit Kontrahent Bernie Sanders beinahe chancenlos zurück. Damit wächst der Druck auf Sanders seine Kandidatur zurückzuziehen. Einige Staaten hatten die Vorwahlen aufgrund der Corona-Pandemie verschoben. Weiter Informationen finden Sie [hier](#).